

Deutschland, der Osten und Europa

Anmerkungen zur Sicherheits- und Ostpolitik

Karl-Eckhard Hahn

In den wenigen Jahren seit 1989 ist mit dem Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion die bipolare, um die Supermächte USA und UdSSR errichtete Weltordnung zerbrochen. Knapp ein halbes Jahrhundert hatte diese Konstellation, die noch auf den letzten Konflikt in anderen Teilen der Erde ausstrahlte, die internationale Politik beeinflusst und letztlich blockiert. Ost und West hatten bei aller Unversöhnlichkeit nolens volens nach einem modus vivendi gesucht und in bilateralen Vereinbarungen, vor allem aber in der KSZE gefunden. Das Helsinki-Projekt war aus der Sicht nicht weniger Dissidenten im Ostblock unbefriedigend, weil es für Lippenbekenntnisse zu Demokratie und Menschenrechten östlicherseits Garantien für den status quo und den Grundsatz der Nichteinmischung westlicherseits vorsah. Mehr war bis in das letzte Drittel der 80er Jahre nicht machbar.

Was Wunder, daß für einen kurzen geschichtlichen Augenblick Euphorie ausbrach, als die kommunistischen Diktaturen von der Bühne abtraten und in Europa die Mauern fielen. Die Welt schickte sich an, die "Friedensdividende" einzustreichen. Die Hoffnungen jener Tage sind in die "Charta von Paris für ein neues Europa" vom 21.11.1990 eingeflossen. "Ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit" sollte nach dem Willen der KSZE-Mitgliedstaaten entstehen, Europa sich "vom Erbe der Vergangenheit" befreien. Die Staats- und Regierungschefs verpflichteten sich "zu einer auf Menschenrechten und Grundfreiheiten beruhenden Demokratie, Wohlstand durch wirtschaftliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle unsere Länder".

Zu den Unterzeichnern gehörten noch die Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Nichts zeigt mehr, daß wir es mit einer historischen Momentaufnahme zu tun haben. Monat um Monat haben wir lernen müssen, daß zwischen den beherzigenswerten Grundsätzen der Charta und der politischen Wirklichkeit eine Lücke klafft, die eher größer als kleiner zu werden scheint. "Man wird sich hierzulande daran gewöhnen müssen, daß es Probleme gibt, auf die keine Lösung wartet; daß es Entscheidungen gibt, die nicht ohne tragischen Rest aufgehen; daß es Kriege gibt, denen man sich nicht durch Wegschauen entziehen kann", hat Michael Stürmer die traurige Lektion der vergangenen Jahre zusammengefaßt.

Durch den Zerfall des Ostblocks und der Sowjetunion sind neue politische Akteure entstanden, mit eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen, Traditionen und historischen Erfahrungen, die geopolitischen Faktoren haben sich verändert. Die Dinge sind im Fluß, wir befinden uns in einem ebenso chancenreichen wie riskanten Übergangsstadium. Auch im "Westen" wird nichts so bleiben wie es einmal war, weil er durch die kommunistische Bedrohung zusammengeschweißt und zusammengehalten worden ist, auch wenn Logik und Berechtigung von NATO und EU sich mitnichten in diesem Reflex erschöpfen. Gemeinsam stehen wir vor der Aufgabe, eine neue Ordnung für Europa zu erbauen, weil unklare Verhältnisse im internationalen Leben fast zwangsläufig Ängste, Mißtrauen und Begehrlichkeiten hervorrufen.

Für ein Arrangement auf berechenbarer Grundlage spricht nicht zuletzt auch das außereuropäische Umfeld in einer multipolaren Welt: Ethnisch bestimmte Konflikte, globale Umweltprobleme, Armut und Wanderungsprozesse, die Verbreitung von Atomwaffen, internationaler Terrorismus und organisierte Kriminalität sowie die Herausbildung neuer Regionalmächte mit ungewissen Ambitionen. Die unter dem Dach der OSZE, der vormaligen KSZE, zusammengefaßten Staaten können nicht abermals in eine Selbstblockade verfallen. Die "Erfurter Konferenz - Europa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert" Anfang September 1994 muß vor diesem Hintergrund gesehen werden: dem Zwang zu einer schlüssigen Antwort auf die offenen Fragen in Europa.

Gorbatschows "neue Zivilisation" und die Tradition des Ostens

Michael S. Gorbatschow hat während dieser Konferenz Veränderungen im Westen angemahnt. Er argumentierte dabei zunächst auf einer sehr grundsätzlichen Ebene, weil er die im westlichen Europa sowie in den USA entstandene Zivilisation am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt sieht, und plädierte für eine "neue Zivilisation", eine "vollkommenere Gesellschaft als die des Westens", eine "humanistisch-ökologische Kultur", in die christliche und andere religiöse Werte, aber auch sozialistische Ideen einfließen sollen. "Der Osten" hat nach den Worten des ehemaligen sowjetischen Staats- und Parteichefs dabei die Aufgabe, "einen neuen Weg für die ganze europäische Zivilisation zu finden" und rechnet dabei auf die Mitarbeit des Westens.

Ein gewisses Wahrheitsmoment wird man dem Gorbatschowschen Appell nicht absprechen können, da überzeugende Antworten auf die ökologischen und sozialen Probleme der Welt bisher fehlen. Sicherlich müssen wir durchgreifend umdenken. Die Erfahrung lehrt aber, daß die - sie seien hilfsweise so genannt - "westlichen" Gesellschaften und Staaten mit historischen Herausforderungen und der veränderten Lage bisher am ehesten zurecht gekommen sind, weil ihre Offenheit im historischen Vergleich ein Optimum an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit verbürgt. Brauchen wir wirklich den großen Wurf, einen neuen Wertekanon, der sich vornehmlich aus den schmerzhaften Erfahrungen von einem Jahrhundert Aufbau und anhaltendem Abbau des Kommunismus speist?

Hier gewinnt ein aus der russischen Geistesgeschichte vertrauter missionarischer Grundzug neue Aktualität, der in der Neuzeit vor allem in der Auseinandersetzung mit dem Westen und den Modernisierungsschüben in Rußland immer wieder hervorgetreten ist. Diese "russische Idee" (Hans-Heinrich Nolte) hat seit dem 19. Jahrhundert ihre sozialistische und ihre konservative Variante gehabt. So waren die Russen für den Frühsozialisten Alexander Herzen etwa "das letzte Volk noch voll von jugendlichen Forderungen an's Leben zu einer Zeit, wo die anderen Völker Ruhe wollen". Unter Rückgriff auf die russische Umverteilungsgemeinde entwickelte sich daraus das agrarsozialistische Modell des Fortschritts aus Rückschritt. Der weltrevolutionäre Führungsanspruch der Sowjetunion ist noch in ungueter Erinnerung.

Die Konservativen setzten in immer neuen Variationen Ganzheit gegen Zersplitterung, orthodoxe Spiritualität gegen westliche Rationalität. Dafür stehen Namen wie Iwan Kireewski, Petr J. Tschaadaew oder Fjodor M. Dostojewski. Sie finden sich heute unter anderem in den Aufforderungen eines Alexander Solschenizyn zu einem eigenen russischen Weg oder auch in einer aufs äußerste zugespitzten, dem rationalen Diskurs nicht mehr zugänglichen Form, etwa in der "Vision eines Russen vom kommenden Reich" von Valentin Sidorow (Via Regia 15). Die thematischen Zugänge und erkenntnisleitenden Prämissen sind völlig unterschiedlich, aber das Bewußtsein einer besonderen, zivilisationskritischen Berufung, die über Rußland hinausweist, klingt fast überall an.

Für das geistige Klima, in dem deutsche Ostpolitik sich abspielt, sind diese Aspekte nicht ganz unwichtig. Die Deutschen sind für derartige Gedankengänge und grundsätzliche Zweifel an der Kultur des Westens durchaus empfänglich. Unser Volk lebt nicht nur geographisch in der Mitte Europas, sondern hat auch intellektuell eine vermittelnde Funktion gehabt. Das zeigt sich unter anderem an Johann-Gottfried Herder mit seinem modernen Volksbegriff. Wir sind das Land, in dem sich als Reaktion auf die Aufklärung die Romantik entwickelt hat. In unserer Geistesgeschichte spielen Gegensatzpaare wie Kultur versus (westliche) Zivilisation, Gemeinschaft versus (westliche) Gesellschaft eine erhebliche Rolle.

"Der Osten" ist dabei immer wieder zur Projektionsfläche für Wünsche und Sehnsüchte geworden. Er war geographisch nicht genau eingegrenzt, sondern beschrieb in mythologisierender Form vor allem das Gegenteil von Westen. Ein Kronzeuge dieses Denkens, Arthur Moeller van den Bruck, schrieb in einem Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel "Der Aufbruch nach Osten" im April 1918: "Westen und Westlichkeit ist ein Schicksal, das sich einmal an jedem Volkstum erfüllt. In ihm rächen sich die Spiegelfechtereien der Aufklärung: eine Vernunft, die den Menschen aus seinen natürlichen Zusammenhängen löste und in die utilitaristische stellte, die doch nur egoistisch sind: eine Gesellschaftsordnung, die nur der Materie lebt und in Materialismus sich entlohnen läßt: einer Demokratie ohne Volklichkeit und eines merkantilen und industriellen Massenraubbaus, die den Menschen betrügen oder ihn abnutzen."

Das ist auch eine Absage an das, was etwas verkürzt "westliche Wertegemeinschaft" genannt wird. Wir stoßen auf ein verzeichnetes Bild vom Westen und ein idealisiertes Bild vom Osten. Auf der Linken gab es Komplementärphänomene. Sie haben sich daraus ergeben, daß der Kommunismus zuerst in Rußland erfolgreich war und "das Vaterland aller Werktätigen" die Sympathien der Linkselite weit über den Bereich der KPD hinaus auf sich gezogen hatte. "Antiwestlich" auch dies, aber in einem völlig anderen Sinn. Damit ist nichts gegen Gorbatschows Anspruch auf eine Diskussion über die Grundlagen unserer Zivilisation gesagt, aber gerade wir Deutschen müssen uns darüber im klaren sein, daß wir uns dabei leicht auf eine abschüssige Bahn begeben könnten. Nicht intellektuelle Enthaltensamkeit, aber doch Vorsicht ist angebracht.

Rußland als Sicherheitsproblem für die Völker Mitteleuropas

Konkret wird die Auseinandersetzung vor allem, wenn es darum geht, Europa nach dem Ende des Kalten Krieges institutionell neu zu fassen. Dann zeigen sich ganz praktische Probleme. Gorbatschow verzichtet darauf, einen vollständigen Rahmen zu skizzieren, aber es werden deutliche Tendenzen sichtbar. Er warnt den Westen davor, sich vom Osten, insbesondere von Rußland abzuwenden und es in der Isolation zurückzulassen. Das Bestreben der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten, möglichst schnell der EU und der NATO anzugehören, wird deutlich kritisiert. Die "Verbindungen zwischen Osteuropa und den postsowjetischen Staaten" soll als "wichtige Voraussetzung für die Herausbildung eines geeinten Europa" wiederhergestellt und belebt werden. Der ehemalige Kremlchef beklagt, daß nur Europamodelle in Umlauf seien, "die alle Rußland und die postsowjetischen Staaten ausschließen". Als adäquates Modell für Europa betrachtet Gorbatschow eine effektivere OSZE und einen Sicherheitsrat, denen NATO und GUS untergeordnet werden sollen.

Die Warnung, Rußland nicht zu isolieren oder aus Europa auszuschließen, muß sehr ernst genommen werden. Die Erfahrung lehrt, daß im allgemeinen gefestigte Demokratien, florierende Marktwirtschaften sowie soziale Sicherheit die wirksamsten Friedensgaranten sind. Es ist daher im Interesse des Westens und nicht zuletzt Deutschlands, eine stetige Entwicklung in Rußland zu fördern. Diese schließt eine Politik aus, die Rußlands Interessen nicht berücksichtigt oder gar überflüssige Grenzen aufbaut und das Land ausgrenzt. Im Ergebnis würden dadurch nur die Geschäfte reformfeindlicher Kräfte und die Versuchung gefördert, durch eine risikofreudige Außen- und Sicherheitspolitik von den inneren Problemen abzulenken.

Die Erfahrungen der letzten Monate haben die Hoffnung, den Demokratisierungsprozeß von außen beeinflussen zu können, allerdings erheblich gedämpft, und das eigentliche Problem bleibt ungeklärt: das Sicherheitsbedürfnis der zwischen Deutschland und Rußland liegenden Staaten. Durch Teilung oder Ablösung sind seit 1990 insgesamt 13 Staaten neu entstanden und andere haben ihre Freiheit wiedergewonnen. Gorbatschow meint völlig zu Recht, daß unsere beiden Staaten "ein einzigartiges geopolitisches 'Magnetfeld'" bilden, weil sie die Flügelmächte dieses Raumes sind. Geborgenheitsgefühle werden dadurch allerdings kaum hervorgerufen. Die Völker und Staaten Zentraleuropas, insonderheit Polen, haben seit mehr als 200 Jahren mit dem deutsch - russischen Einvernehmen ebenso schlechte Erfahrungen wie mit zwei mörderischen Weltkriegen gesammelt; und der Befreiung von 1945 folgte neue Unterdrückung auf den Fuß.

Die Sicherheitsfrage stellt sich für sie völlig anders: Es gibt keine historische Erinnerung, die sie dazu veranlassen könnte, ihr Schicksal an das Rußlands zu binden. Sie streben in die EU und NATO, weil diese Schutz vor der östlichen Hegemonialmacht versprechen und Deutschland zugleich als westlicher "Flügel" in diese Vertragsstrukturen effektiv eingebunden ist. Ein weiteres Motiv kommt hinzu: Nach 1945 sind diese Länder Opfer eines amerikanisch - sowjetischen Ausgleichs geworden, der sich mit dem Namen Jalta verbindet. Sie wollen nicht abermals Objekte im Staatenschacher der "Großen" werden und daher klare Zugehörigkeiten und Mitspracherechte erhalten. Sie haben ein verständliches Interesse an einer Aufnahme in Bündnisstrukturen, die in substantiellen Fragen das bleiben, was sie bisher waren.

Der Wunsch wird dringlich vorgetragen, weil die Moskauer Außenpolitik allen Bekundungen zum Trotz für diese Länder beunruhigend erscheinen muß. Längst ist klar: die expansive Energie des kommunistischen Sowjetrußland wurzelte nicht nur in seiner militanten und extremistischen Ideologie. Der

ehemalige sowjetische Botschafter in Bonn, Julij A. Kwizinskij, hat in diesem Zusammenhang von "immanenten außenpolitischen Interessen" gesprochen, die "von der jeweiligen Besetzung der politischen Bühne" unabhängig seien. Rußland durchschreite ein "Tal der Tränen": "Erst danach werden wir wissen, welche nationalen Interessen, welche Grenzen, welche territoriale Integrität, welche Interessenssphären zu sichern und zu verteidigen sind, wo potentielle Freunde und Gegner zu suchen sein werden."

Die Moskauer Außenpolitik betrachtet die aus der untergegangenen Sowjetunion hervorgegangenen Staaten als einen geopolitischen Raum, als "nahes Ausland", in dem Rußland, wenn möglich mit Sondervollmachten der UNO oder der OSZE, die Kontrolle ausübt, ohne daß Dritte sich einmischen sollen. Schon der Einsatz einer multinationalen OSZE - Truppe in Nagorny-Karabach konnte Moskau erst nach Monaten hinhaltenden Widerstands im Dezember 1994 abgerungen werden; und das auch nur deshalb, weil er die erste Nagelprobe auf die Glaubwürdigkeit der auf die OSZE abgestützten Moskauer Politik ist. Der Eindruck wird durch die im November 1993 in Auszügen veröffentlichte neue Militärdoktrin ergänzt. Unter den Sicherheitsrisiken werden unter anderem rechtswidrige Akte gegen russische Bürger im Ausland erwähnt. Das sind mehr als 20 Millionen in allen GUS - Staaten und dem Baltikum. Das Motiv ist Ende Januar erstmals auch angeführt worden, um den brutalen und unverhältnismäßigen Einsatz in Tschetschenien zu rechtfertigen. Ein vielleicht gewagter Vergleich mag hier lehrreich sein: Wie würde wohl die Welt reagieren, wenn die Bundesrepublik einen entsprechenden Passus bezüglich der Deutschen in Polen oder der Tschechischen Republik in ein sicherheitspolitisches Dokument aufnehmen würde? Befremden wäre die einzige richtige Reaktion.

Die Erweiterung der NATO und EU als Sicherheitsproblem Moskaus

Zu den Gefahren gehört dieser Doktrin zufolge auch die "Erweiterung von militärischen Blöcken und Bündnissen zum Nachteil der Interessen der Russischen Föderation". Nicht nur dem "nahen Ausland", sondern auch den ehemaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes wird damit die sicherheitspolitische Selbstbestimmung verwehrt. Ein nachdrückliches Signal hat Premierminister Viktor Tschernomyrdin im November 1994 mit der kurzfristigen Absage seines Besuches in Warschau aus einem fadenscheinigen Grund gesetzt. Die Zielrichtung kann kaum zweifelhaft sein: Rußland ist nicht bereit, ein Sicherheitsarrangement ohne eigene Beteiligung in seinem verlorengegangenen Glacis zuzulassen. Die Erweiterung der NATO und die Ansprüche Moskaus im "nahen Ausland" sind die zentralen politischen Streitpunkte, die im September den Gipfel zwischen Boris Jelzin und Bill Clinton sowie den Budapester OSZE - Gipfel im Dezember 1994 schwer belastet haben.

Moskau betrachtet die Politik der NATO und der EU im östlichen Europa mit unverhohlenem Mißtrauen. Die Integration einer sich deutlich abhebenden Staatengruppe zeichnet sich ab. Schrittmacher ist dabei die EU. Sie hat mit den vier Staaten der Visegrad-Gruppe - Polen Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn - sowie mit den Balkanstaaten Rumänien und Bulgarien sogenannte Europa-Abkommen geschlossen, die eine zeitlich nicht fixierte, aber feste Beitrittszusage enthalten. Die gleichen Verträge sind für Estland, Lettland und Litauen vorgesehen. Mit diesen neun Staaten hat die WEU im Mai 1994 bereits einen Assoziationsstatus vereinbart, der ausdrücklich als Beitrag "zur Vorbereitung dieser Staaten auf ihre Integration und letztlich ihren Beitritt zur EU" gekennzeichnet wird. Absehbar ist, daß auch Slowenien diesen Weg trotz aktueller Irritationen in der Istrien-Frage gehen wird.

Damit zeichnet sich ein Raum ab, der um die Jahrtausendwende oder nicht allzulange danach zur EU stoßen kann. Deutschland verbindet damit die Hoffnung auf eine gesicherte östliche Flanke und Vorteile durch die sich damit nachhaltig verändernde Wirtschaftsgeographie. In dieser vergrößerten EU kann es keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Es ist unvorstellbar, daß die Sicherheitszusagen der NATO sich nur auf einen Teil des EU-Territoriums erstrecken, zumal das westliche Bündnis, die EU und die westeuropäische Verteidigungsorganisation WEU eng miteinander verzahnt sind. US-Präsident Bill Clinton hat unterdessen unterstrichen, daß auch die NATO über die im Oktober 1993 angebotene "Partnerschaft für den Frieden" hinausgehen und den Mitgliederkreis vergrößern will. Ein Motiv dabei ist auch, sich durch die Assoziationspolitik der EU nicht die politische Gangart vorschreiben zu lassen.

Andererseits muß genauso klar sein: Weiter wird sich die EU als entscheidende europäische Vertragsstruktur nicht ausdehnen können, weil sie an fehlender Homogenität zugrunde gehen würde. Ferner wird die NATO keine Mitglieder aufnehmen, mit denen sie sich unkalkulierbare zusätzliche Sicherheitsrisiken einhandelt. D.h. in absehbarer Zeit steht nur die Aufnahme weitgehend gefestigter demokratischer Staaten ohne Nationalitäten- oder Grenzkonflikte zur Diskussion. Darüber hinaus darf keinesfalls übersehen werden, daß innerhalb der GUS ebenfalls Integrationsprozesse auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet ablaufen, mit denen Moskau zugleich seine hegemoniale Stellung befestigt.

Wird Rußland durch diese Entwicklung aus Europa herausgedrängt? Es ist lehrreich, auch einmal die russische Perspektive einzunehmen. Von der Sowjetunion ist ein Territorium verblieben, daß etwa die Größe des vorpetrinischen Rußlands hat. Aus dem Herzen Europas ist die vormalige "ruhmreiche Sowjetarmee" um rund 1500 Kilometer zurückgewichen, das militärische Kräftegleichgewicht hat sich zu Lasten Moskaus umgekehrt. Das "Fenster zum Westen", die baltische Region, ist kleiner geworden. Auch wenn niemand Rußland bedroht, handelt es sich dabei um einprägsame Fakten. Ein weiteres Motiv kommt hinzu: Die alte "Kulturgrenze" zwischen dem abendländisch - katholisch beeinflussten Mittel- und dem russisch - orthodox geprägten Osteuropa scheint sich wieder herzustellen, von Überlappungen in der Ukraine einmal abgesehen. Es handelt sich um eine kulturgeographische Scheidelinie, die nach Ansicht des Freiburger Politikwissenschaftlers Ludger Kühnhardt durch den Unterschied zwischen der angestrebten "Verwestlichung" in Ostmitteleuropa und der "Modernisierung" in Osteuropa aktualisiert wird.

Und natürlich geht es auch im Westen nicht nur um Werte, sondern ebenfalls um Einfluß. Selbstverständlich haben die USA, genauso wie Kwisinskij sie für Rußland beansprucht, geopolitische Interessen. Darauf hat der amerikanische Diplomat und Deutschlandexperte William Richard Smyser im September 1992 in sonst selten anzutreffender Offenheit hingewiesen: Westdeutschland ist ihm zufolge nach 1945 geschützt worden, weil es sich dem Westen eingegliedert und "den maritimen Mächten eine wichtige strategische Basis auf dem eurasischen Kontinent" gesichert hat.

Heute habe Deutschland die Aufgabe, Westeuropa gegen die alte de Gaullesche Versuchung europäischer Sonderwege in der von den "atlantischen Staaten" geprägten Weltordnung zu verankern, den Osten zu integrieren und sich an der Reform des globalen Systems zu beteiligen. Ein System, das von Großbritannien und später den USA "nach ihrem demokratischen und marktwirtschaftlichen Bild geformt (wurde) mit dem Ziel, damit ihren Wünschen und Bedürfnissen zu dienen", wie Smyser schreibt. "Sie wollen nicht, daß das System von ihren Prinzipien abweiche oder von einem anderen System ersetzt werde. Sie haben Herausforderer bekämpft und geschlagen, darunter Napoleon, Wilhelm II., Hitler und das Sowjetimperium."

Für Deutschland ist jede Ostpolitik zunächst Westpolitik, weil es vor diesem Hintergrund und angesichts unserer Lage als volkreichstem und wirtschaftlich mächtigstem Staat in der Mitte Europas keine Alternative zur Integration gibt. Unser Land kann Drehscheibe und Sperrriegel sein. Es kann durch seine Parteinahme über den Erfolg und Mißerfolg von Koalitionen und Bündnissen entscheiden. Es ist damit für die Nachbarn potentiell bedrohlich und läuft im Gegenzug leicht Gefahr, eingekreist zu werden. Die Flügelmächte haben es deshalb immer wieder darauf angelegt, in Deutschland mitzuregieren, vom Westfälischen Frieden (1648), über den Wiener Kongreß (1815) bis zu Versailles (1919) und Potsdam (1945). Die Versuche, darauf mit Hegemonialstreben oder Schaukelpolitik zu reagieren, sind gescheitert. Konrad Adenauer hat die Lehre aus diesen Erfahrungen gezogen.

Ein Interessenausgleich im OSZE - Raum ist notwendig und möglich

Die innere Schlüssigkeit der jeweiligen "westlichen" und "östlichen" Argumentation oder die geopolitischen Gegebenheiten lassen sich gegenwärtig durch "neues Denken" kaum aufbrechen, auch wenn man die ganze Logik für überholt hält. Es geht um Werte, aber eben auch um Macht und Interessen. Dem Frieden in der Welt ist am besten gedient, wenn die jeweiligen Positionen klar definiert und ausgeglichen werden. Auch die Vorstellungen Gorbatschows stammen nicht aus einem völlig anderen, unparteiischen Horizont. Sie haben durchaus etwas mit den Großmachtinteressen Rußlands zu tun.

Die politische Herausforderung lautet, diese Interessen so zu verklammern, daß sie nicht destruktiv wirken. Hierbei können die Staaten der westlichen Hemisphäre unterschiedliche Rollen spielen. Der Rahmen kann allerdings nur durch die Führungsmacht USA garantiert werden.

Es ist jedoch ausgeschlossen, daß Washington den Vorstellungen Moskaus folgen wird. Sie laufen darauf hinaus, die OSZE und den Nordatlantischen Kooperationsrat (NAKR) zu sicherheitspolitischen Hauptkomponenten zu entwickeln, denen sich eine auf den territorialen Status quo beschränkte NATO und die GUS unterordnen sollen. Mit Konstruktionen, in denen die NATO als Erfüllungsgehilfe eines kollektiven Sicherheitssystems auftritt, hat das westliche Bündnis im ehemaligen Jugoslawien die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Ob der Auftraggeber UNO oder OSZE heißt, dürfte im Ergebnis keinen großen Unterschied ergeben. Überdies bliebe das eindeutig definierte Sicherheitsbedürfnis der Ostmitteleuropäer unbefriedigt. Wer in der eingangs zitierten "Charta von Paris" die Grundlage einer neuen europäischen Ordnung sieht, muß zur Kenntnis nehmen, daß die OSZE-Mitgliedstaaten dort das "Recht der Staaten, ihre sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen", unterstrichen haben.

Ganz offensichtlich bemühen sich die USA in einer Reihe entscheidender Fragen aber um ein Arrangement mit Moskau. Das zeigt sich u.a. an der Einbeziehung Rußlands in die Balkan - Politik und am gemeinsamen erfolgreichen Versuch, der Ukraine ohne nennenswerte Gegenleistungen die auf ihrem Gebiet stationierten Atomwaffen der untergegangenen Sowjetunion abzuhandeln. Das Interesse am Fortbestand des Atomwaffensperrvertrages bindet die beiden Mächte aneinander. Wenn der Westen Moskau in die G 7 - Treffen einbezieht, ist das ebenfalls ein Signal. Folgerichtig hat die NATO der östlichen Vormacht auch im Rahmen der "Partnerschaft für den Frieden" eine privilegierte Stellung angeboten. Durch ein entsprechendes Sonderprotokoll sah Außenminister Andrej Kosyrew noch im Sommer 1994 die Rolle Rußlands als "einer bedeutenden europäischen Welt- und Nuklearmacht" gewährt. Der Differenzen über die NATO wegen hat Moskau die Umsetzung gegenwärtig auf Eis gelegt.

Von einer Isolation oder Ausgrenzung Rußlands durch den Westen kann keine Rede sein. Unstrittig ist: Sicherheit kann es nur mit, nicht gegen Rußland geben. Die Osterweiterung ist nur als Teil einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur vorstellbar, die mit Moskau ausgehandelt werden muß, aber gleichwohl nicht von einem russischen Veto abhängig gemacht werden kann. Die erweiterte NATO bleibt gegen alle politischen Unwägbarkeiten, nicht zuletzt in den Weiten der ehemaligen Sowjetunion, eine wesentliche Rückversicherung. Aber sie ist keine Bedrohung für Rußland: Auch Moskau weiß, daß die NATO als Bündnis demokratischer Staaten der Idee und Struktur nach nur defensiv sein kann. Auch wenn sie den Interessen Washingtons dient, ist sie kein Instrument für etwaige offensive Machtpolitik.

Im Gegenzug konsolidiert sich die von Moskau dominierte GUS. Der Westen wird, ganz im Sinne der "Charta von Paris", darauf dringen, daß dabei kein neo-imperiales Gebilde entsteht; ein politisches Mittel, dies gegebenenfalls zu verhindern, hat er nicht. Der Umgang mit den kleineren Nachfolgerepubliken der Sowjetunion wird der Gradmesser sein, mit dem sich feststellen läßt, in welchem Umfang Rußland die in Paris unterschriebenen Prinzipien zu wahren gewillt ist. Bewahrheiten sich die mit der Charta verbundenen Hoffnungen über einen längeren historischen Zeitraum, so wird sich auch die Sicherheitsfrage neu stellen. Gegenwärtig allerdings verzehrt die politische Führung Rußlands in den Trümmern von Grosny den ohnehin nicht großen Vertrauensvorschuß, verstärkt den Wunsch der ehemaligen Satelliten nach Aufnahme in die NATO und gefährdet die eigene innere Demokratisierung.

Soweit die Eckpunkte klar sind, ist es entscheidend, in allen denkbaren Formen und auf allen geeigneten Foren das Netz mit Rußland so engmaschig wie möglich zu knüpfen, damit aus notwendiger Abgrenzung keine Ausgrenzung wird. In diesem Zusammenhang hat auch die OSZE als Plattform für eine transparente Sicherheitspolitik, vertrauensbildende Maßnahmen und den institutionalisierten Interessenausgleich eine wesentliche Aufgabe. Auch über einen "Europäischen Sicherheitsrat" kann unter diesen Vorzeichen nachgedacht werden. Aber nicht nur das: Als internationale Organisation, die sich den in der Charta von Paris niedergelegten Werten verpflichtet weiß, kann sie überdies als Unterstützer der postsozialistischen Reformversuche und als Berufungsinstanz für Verstöße gegen die OSZE - Grundsätze dienen. Daß diese Grundsätze immer wieder unterlaufen werden, läßt sie schließlich nicht obsolet werden.

Deutschland hat sich seit der Wiedervereinigung betont um ein gutes und entspanntes Verhältnis zu Rußland bemüht. Wir haben ein umfassendes Abkommen mit Moskau abgeschlossen, unser Land finanziert trotz eigener großer Belastungen direkt oder über die EU den größten Teil der westlichen Hilfe für den Neuaufbau in Rußland. Die Aussöhnung zwischen den beiden Völkern ist in den vergange-

nen Jahren gut vorangekommen. Nicht zuletzt weil die wechselseitigen Klischees allmählich einem differenzierteren Bild weichen können, was nicht möglich war, solange in der von Moskau beherrschten kommunistischen Hemisphäre Meinungs- und Informationsfreiheit Fremdworte waren. Vertrauensbildend hat aber auch der "Gorbatschow - Faktor" und der reibungslose Abzug der russischen Streitkräfte aus Deutschland gewirkt.

Dabei darf es sich nur um einen Anfang handeln. Es wird darauf ankommen, die wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen zweiseitig und mehrseitig weiter auszubauen. Die in Jahrhunderten gewachsenen, besonders engen und nur im zu Ende gegangenen totalitären Zeitalter massiv gestörten Bande zwischen Deutschland und Rußland bieten dazu hinreichend Anknüpfungspunkte. Deutschland ist seit jeher gleichermaßen von der romanischen, angelsächsischen und östlichen Welt geprägt worden. Die Bürger in den neuen Länder haben nach dem Zweiten Weltkrieg - gezwungenermaßen - ein "besonderes" Verhältnis zu Rußland entwickelt, das sich unter heutigen Umständen zum Positiven wenden kann.

Einer bis heute richtigen Beobachtung Herders zufolge gehört Rußland "dem größten Erdstrich nach zwar zu Asien; sein Herz aber liegt in Europa". Russische Geistesgeschichte hat sich spätestens seit dem 17. Jahrhundert in einer immer spannungsreichen Auseinandersetzung mit dem Ideengut des westlichen Europa entwickelt. Sie hat sich immer wieder um die Frage "nach dem Charakter und dem Wesen der russischen und der abendländischen Kultur in ihrer Gemeinsamkeit und ihrer Gegensätzlichkeit" sowie "nach der Notwendigkeit, Möglichkeit, Nützlichkeit und den Grenzen der 'Europäisierung'" gedreht (Dimitrij Tschischewskij). Russische Kultur hat in diesem Aneignungsprozeß aber auch immer wieder auf den abendländischen Kulturkreis zurückgewirkt. Wenn es gelingt, diesen Dialog wieder aufzunehmen, Handel und Wandel auf eine breite Basis zu stellen, werden damit Verständnis und Verständigung am ehesten gefördert. Auf die Dauer ist das die beste Sicherheitspolitik.

Der Autor:

Karl-Eckhard Hahn wurde 1960 in Göttingen geboren. Er studierte Geschichte und osteuropäische Geschichte sowie Staats- und Völkerrecht.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 23/ 1995,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>